



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 039 890

P/IX/166 - 28.7.1954

Hinweise
auf den Inhalt:

| | |
|--|------|
| Das große Rätselraten | S. 1 |
| Unruhiges Tunesien | S. 3 |
| SPD - Partei der Jugend | S. 5 |
| Die SPD Bundestagsfraktion zum Fall John | S. 7 |

Der Fall John

K.M. Was in den Tageszeitungen der Bundesrepublik und des Auslands über den Fall John gesagt wurde, stellt eine Literatur dar, die der Einzelne heute - wenige Tage nach dem Verschwinden Johns - kaum noch übersehen kann. Da sind inzwischen alle Thesen und Hypothesen aufgestellt worden, die zu diesem Fall überhaupt denkbar sind (und darüber hinaus). Es heißt, John war ein Mann der Gestapo. Und es heißt, John war von Anfang an ein Mann des russischen Geheimdienstes.

In diesem tropischen Garten üppig wuchernder Vermutungen stehen, zwischen zahlreichen Giftblüten, auch viele, Hirngespinnsten gleichende Gewächse, an denen schon deswegen nichts Reales sein kann, weil eine das andere ausschließt. Kein Wunder, wenn der "Mann auf der Straße" schon gänzlich mehr weiß, was er von der Sache halten soll. Eine süddeutsche Zeitung ließ auf der Straße irgendwelche Leute anhalten und nach ihrer Meinung zum Fall John befragen. Ein interessantes Experiment, aber das Ergebnis war danach.

Wer dieses Spiel einige Tage kritisch und in Ruhe zugesehen hat, den beschleicht so etwas wie Furcht, - Furcht vor dieser unheimlichen Vielfalt und Vieldeutigkeit, deren die öffentliche Meinung fähig sein kann. Und wenn er sich fragt, was denn nun die Wahrheit sei, dann ist er so klug wie er am Anfang war.

Das Bundesinnenministerium bleibt nach wie vor bei der These - Dr. Schröder hat es vor der Bundespressekonferenz ausgesprochen und vor dem Verfassungsschutzausschuss wiederholt -, dass John frei von verräterischen Absichten gewesen sei und dass er nicht aus eigenen Stücken nach Ostberlin ging. Die öffentliche Meinung hat ihm das nur zum Teil abgenommen. Aber es gibt in Bonn auch eine Anzahl weiterer Stellen, die gleichfalls die Meinung vertreten, dass John zwar ein hebl'ler Charakter, aber kein Verräter war. Auch diese Auffassung ist im Augenblick nicht zu beweisen. Keine von allen Thesen, die man kennenlernte, lässt sich beweisen. Ist das verwunderlich? Hier ist ein Spiel zwischen den mächtigsten Geheimdiensten der Erde im Gange. Das geht bereits so weit, dass auch die Publizistik - ob sie es merkt oder nicht - schon nicht mehr frei ist von der Beeinflussung durch diese Dienste. Aus der Begleitmusik der Zeitungen sind mancherlei Untertöne herauszuhören. Wer will den Mut haben, schon jetzt zu sagen, was die Wahrheit im Fall John ist? Werden wir sie jemals bis ins Letzte erfahren? Solange man aber nicht weiß, was die Wahrheit ist, sollte man auf der Erde bleiben und sich mit den Dingen beschäftigen, die sichtbar und übersehbar sind. Der Fall John ist ungeheuerlich - ob er sich im Einzelnen so oder so abgespielt hat. Es ist klar, dass sich daraus einiges entwickeln wird. Und dass man daraus Schlußfolgerungen ziehen muss. Eine Erklärung ihrer Bundestagsfraktion zeigt an, in welcher Richtung die sozialdemokratische Partei sie gezogen wissen will. Dies sind die Dinge, denen sich die allgemeine Aufmerksamkeit zuwenden sollte.

Bei der Diskussion des Falles John hat sich auch gezeigt, dass Mächte am Werke sind, die diesen Fall als Anlass aufgreifen, die politische Entwicklung in ihrem Sinne weiterzutreiben. Für sie war der Fall ein Signal, den 20. Juli als Begriff und als positiven Bestandteil der neuesten deutschen Geschichte kurz und klein zu schlagen. Vor rund 3000 ehemaligen Nazifunktionären erklärte in Fallingb. in Niedersachsen im Rahmen einer ausführlichen Diskussion zum Fall John ein Reiner, "im Umstand, dass sich die Mehrheit (!) des deutschen Volkes von den "Meinidigen" des 20. Juli 1944 abgewandt habe, sei ein Zeichen der Gesundung der deutschen Seele zu erblicken. Es sei ehrenhaft gewesen, bis zum letzten Atemzug für eine verlorene (dass sie zutiefst verbrecherisch war, wird verschwiegen. D.h.a.) Sache gekämpft zu haben. Die ehemaligen internierten Nazis müssten für die deutsche Jugend ein lebendes Beispiel sein" ... Darauf muß hingewiesen werden. Es ist nicht alles negativ im Fall John. Im Feuerschein des brennenden Hauses haben sich die Gealten angezeigt, vor denen die deutsche Bundesrepublik auf der Hut sein muß. Es sind die Leute, die seit langem gegen den Verfassungsschutz hetzen, weil nämlich der es war, der ihnen auf die Finger gesehen hat. Jetzt wollen sie ihn loswerden.

Und nun Tunesien

G.S. Paris, Ende Juli

Drei Hauptproblemen sieht sich der mit erhöhtem Prestige aus Genf zurückgekehrte französische Ministerpräsident Mendès-France in den kommenden Tagen und Wochen gegenüber: der Billigung des neuen Wirtschafts- und Finanzprogramms, das von neun Spezialisten ausgearbeitet wurde, durch das Parlament; der Vorbereitung der Parlamentsdebatte über das Problem der europäischen Verteidigung und - last, but not least - der Versuch einer Bereinigung der tunesisch-französischen Beziehungen.

Jede realistische Prüfung des Verhältnisses Frankreichs zu Tunesien muß davon ausgehen, dass - von wenigen Ausnahmen abgesehen - die französische Bevölkerung in Tunesien, die etwas über zwei Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht, zutiefst von der Vorstellung durchdrungen ist, dass dieses Land ihr "gehört". Natürlich ist dieser Anspruch absurd, auch wenn man berücksichtigt, dass die französischen Siedler in Tunesien einen entscheidenden Anteil an der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung dieses Landes gehabt haben.

Gerade diese Arbeit hat aber auch wesentlich zu einer Erhöhung des politischen und kulturellen Niveaus der tunesischen Bevölkerung und zu einem Bewußtseinsniveau geführt hat, das sich seit Jahren in der Forderung zunächst nach "innerer Autonomie" (eine rein tunesische Regierung und ein rein tunesisches Parlament) und jetzt nach vollständiger Unabhängigkeit kundtut, von der man indessen nicht verlangt, dass sie sofort erfüllt werde.

Es ist angesichts dieser Tatsache schwer abzusehen, auf welche Weise die Auffassungen der französischen Siedler und der durch den "Neo-Destur" vertretenen tunesischen Bevölkerung auf einen Nenner gebracht werden sollen. Frühere Stellungnahmen von Mendès-France und die Tatsache, dass der tunesische Chef der Unabhängigkeitsbewegung, Habib Burgiba, in eine Residenz in der Nähe von Paris überführt wurde, lassen die Schlußfolgerung zu, dass die französische Regierung die früher betriebene Politik der Gewalt und des Zwanges zumindest in gewissem Umfange aufgeben und sich für eine Politik der "Liberalisierung" entscheiden wird. Verhandlungen amtlicher französischer Stellen

mit Habib Burgiba haben begonnen.

Solcher möglichen Entwicklung kommt der Umstand entgegen, dass der nationalistischen "Neo-Destur" im Gegensatz zu der marokkanischen Unabhängigkeitsbewegung des "Istiklal" in bedeutend geringerem Maße den panarabischen Ideen verhaftet ist. Seine Chefs sind von der französischen Kultur geprägt worden und haben ihre Ausbildung auf französischen Universitäten genossen. Es sollte einer liberalen französischen Regierung nicht schwer fallen, die Hauptforderungen der tunesischen Nationalisten zu befriedigen und den kulturellen und wirtschaftlichen Einfluss Frankreichs dennoch zu sichern. Bleibt die Hauptfrage: wie werden sich die französischen Siedler mit ihrer an Malan erinnernden Mentalität dazu verhalten und was wird die französische Regierung eventuell tun, um einen Widerstand dieser Siedler zu brechen, die über einen sehr einflussreichen "Lobby" im französischen Parlament verfügen?

Der "Neo-Destur" ist zu Verhandlungen bereit und hat mit dem Machtantritt von Mendès-France zum ersten Mal Vertrauen zu einer französischen Regierung. Aber einfach sind die Dinge auch auf Seiten der tunesischen Nationalisten nicht. Die verhängnisvolle Politik der früheren französischen Regierungen hat zu einer Welle des Terrors und Gegenterrors geführt, der auf tunesischer Seite von den Banden der "Fellaghas" gespeist wird. Sie werden - was heute kaum noch zu leugnen ist - sowohl von der arabischen Liga (von Kairo aus), als auch von den Kommunisten unterstützt werden. Nur schnelle Verhandlungen mit der "Neo-Destur" und rasche Reformen können die wachsende Sympathie abschwächen, die heute bereits in der tunesischen Bevölkerung für diese bewaffneten, unter dem Zeichen des "Freiheitskrieges" wirkenden Banden vorhanden ist. Denn die Alternative ist eindeutig: Sie heißt Krieg nach indochinesischem Muster, wenn die französische Regierung sich nicht zu Konzessionen und zur Erfüllung der Hauptforderungen ("interne Autonomie") der tunesischen Nationalisten entschließt.

Die Jugend drängt nach vorn

F.B. - Es ist eine landläufige Klage: die Jugend beteiligt sich so wenig aktiv an der Politik, weil die Parteien ihr kaum Chancen geben, Verantwortung zu übernehmen und zu tragen. Und wenn man rückschauend in die Säle blickt, in denen die deutschen Parteien in diesem Jahr ihre Parteitage abgehalten haben, dann muß man, bis auf eine Ausnahme bestätigen: jawohl, die grauen und die weißen Köpfe waren immer in der überwiegenden Mehrheit. Bei den Diskussionsrednern beherrschten sie bis auf den obligatorischen Renommé-Jugendlichen sogar völlig das Feld, womit nichts gegen den Wert ihrer Erfahrung und ihres Rates gesagt sein soll.

Die Ausnahme ist die Sozialdemokratische Partei Deutschlands mit ihrem Berliner Parteitag. Auf den ersten Blick schon konnte es jeder Besucher bestätigen, dass in dieser Partei die Jugend zum Zuge gekommen ist, was doppelt wiegt, wenn man weiß, dass in der SPD ein Parteitagsmandat als ein ehrenvolles und höchst erstrebenswertes Ziel betrachtet wird.

Eine noch deutlichere Sprache aber reden die Zahlen. Von 378 Delegierten waren 24 im Alter von 20-30 Jahren, 77 zählten zwischen 31 und 40 Jahren, 156 waren zwischen 41 und 50 Jahre alt, 99 standen im Alter zwischen 51 und 60 Jahren und 22 hatten das 60ste Lebensjahr überschritten. Das ergibt ein Durchschnittsalter von rund 43 Jahren. Es gibt keine andere Partei, die einen solch günstigen Altersdurchschnitt aufweisen kann.

Es ist leider nicht möglich, statistisch genau nachzuweisen, in welchem Maße sich das Delegationsalter und damit auch die gesamte Mitgliederstruktur seit 1945 verändert hat, denn diese statistischen Erhebungen werden erst seit dem Parteitag 1952 in Dortmund vorgenommen. Jeder aber, der dabei war, kann bestätigen, dass beispielsweise 1945 auf dem Parteitag in Hannover die Delegierten im Alter von über 50 Jahren die große Mehrheit ausmachten. Der fortlaufende Verjüngungsprozeß läßt sich aber selbst gegenüber dem Jahre 1952 - dem Parteitag in Dortmund - feststellen, denn einwandfrei ergeben die Zahlen, dass die Delegierten im Alter bis zu 30 Jahren konstant, bis zu 40 Jahren

sogar erheblich zugenommen haben, während die Zahl der Delegierten im Alter von über 60 Jahre ständig abnimmt. In Dortmund zählten nach 37 Delegierte über 60 Jahre, in Berlin 1954 waren es nur noch 22.

Während in diesem Punkte die Sozialdemokratie voll auf zufrieden sein kann, ist das Verhältnis zwischen männlichen und weiblichen Delegierten auf Parteitage immer noch zu unausgeglichen. Auf dem Parteitag 1950 in Hamburg waren von 368 Delegierten 62 Frauen, in Dortmund von 379 Delegierten 58 Frauen, in Berlin nur 46 Frauen von 378 Delegierten. Die Zahlen zeigen, dass auf diesem Gebiete noch manches getan werden muß, um der Gleichberechtigung auch in der innerparteilichen Praxis näher zu kommen als es bisher der Fall ist. Immerhin ist die Sozialdemokratie selbst mit diesem an sich unbefriedigenden Ergebnis den anderen Parteien turmhoch überlegen.

Zum ersten Mal wurde auf dem Parteitag in Berlin auch eine genaue Aufschlüsselung der Beitragszahlung der Delegierten vorgenommen, aus der man interessante Schlüsse ziehen kann. Diese Aufschlüsselung zeigt - entgegen anderen Behauptungen - dass bei der Sozialdemokratie die Kleinen und mittleren Verdienner auch die überwiegende Mehrheit der Delegierten stellen. Das steht in völliger Übereinstimmung mit der gesamten Beitragsstruktur der SPD, die ergeben hat, dass fast 80 % der Mitglieder über ein Einkommen unter DM 300,- im Monat verfügen.

Am positivsten aber sollte bewertet werden, dass die Sozialdemokratie, wie es Berlin erwiesen hat, eine Partei ist, in der die Jugend nicht nur Chancen hat, sondern in der es ihr gelungen ist, diese Chancen auch in weitem Umfange auszunutzen.

+ + +

Die Stärke der dänischen Sozialdemokratie

sp - Der eben ausgegebene gedruckte Bericht der Sozialdemokratischen Partei Dänemarks zeigt, dass die Partei Ende 1953 über 283.525 zahlende Mitglieder verfügte, die sich auf 1381 Lokalorganisationen verteilen. Die Partei hat im letzten Jahr beinahe 6000 neue Mitglieder gewonnen. In einer Stadt sind 79 Prozent der Wähler, die bei der letzten Wahl sozialdemokratisch stimmten, auch eingeschriebene Mitglieder der Partei, in fünf anderen größeren Städten ist dieser Anteil 50 Prozent, in Kopenhagen ist er 28 Prozent der sozialdemokratischen Wählerstimmen.

+ + +

Wortlaut der Erklärung der sozialdemokratischen
Bundestagsfraktion zum Fall John:

Zu den im Zusammenhang mit dem Fall Dr. John stehenden Debatten über das Thema Verfassungsschutz stellt die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion fest:

1. Die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat sofort nach dem Verschwinden Dr. Johns verlangt, dass die zuständigen parlamentarischen Organe von der Bundesregierung unterrichtet werden und ist in dieser Richtung mit Erfolg initiativ gewesen. Sie begrüßt deshalb den Zusammentritt des Bundestagsausschusses zum Schutze der Verfassung und die in Aussicht genommenen weiteren Sitzungen. Die nächste Sitzung findet bereits am kommenden Mittwoch statt.

Sie bedauert, dass es erst des Falles Dr. John bedurfte, um dem Parlament die notwendige Aufklärung über wichtige Fragen des Verfassungsschutzes durch die Bundesregierung zu verschaffen. Die Bundesregierung wäre gut beraten gewesen, wenn sie den Forderungen der sozialdemokratischen Sprecher in der April-Esstatte des Bundestages +) das Thema Verfassungsschutz entsprochen ^{hätte,} die schon damals für die zuständigen Organe des Parlaments eine permanente Information und Konsultation gefordert haben. Leider hat die Bundesregierung den sozialdemokratischen Vorschlägen damals nicht entsprochen.

2. Die Sozialdemokratie wird auch weiterhin darauf dringen, dass im Falle Dr. John restlose Aufklärung geschaffen wird.

3. Verstärkt wird die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion ihre Forderungen auf stärkere parlamentarische Kontrolle des Verfassungsschutzamtes erheben.

4. Die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion wird nach Abschluss der Untersuchungen detaillierte Vorschläge zur Reorganisation des Verfassungsschutzamtes unterbreiten. Sie kann dabei schon heute erklären, dass sie sich energisch allen Bestrebungen widersetzen wird, die eine organisatorische Vereinigung des Bundesverfassungsschutzamtes, der Abwehrstellen der Dienststelle Flank und der Organisation Gehlen verlangen, wie es die FDP gefordert hat. Für die Sozialdemokratie ist die Trennung von zivilem Verfassungsschutz und irgendwie gearteten militärischen Nachrichtenorganisationen unabdingbar.

+) über verantwortlich: Peter Raunau